„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

19. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 13 Januar 1926 | 12 Seiten | Nummer 10

Vor der Kraftprobe zwischen King und Meighen

Eröffnung des canadischen Parlaments in Ottawa

„Thronrede" stellt lebhaftere Einwanderung, Vollendung der Hudsons Bay-Bahn und Rückgabe der Naturwerte an Alberta in Aussicht.

Vertrauensantrag von Hon. Ernest Lapointe für liberale Regierung.

Entscheidung ungewiß, da Progressive zwischen Liberalen und Konservativen schwanken.

Ottawa. — Das canadische Parlament wurde am letzten Freitag mit dem üblichen Gepränge unter Kanonendonner eröffnet. Der Generalgouverneur Baron Byng von Vimy hielt die „Thronrede", in der er eingangs die Abgeordneten zur ersten Session des 15. Parlaments von Canada begrüßte, einige Worte des Beileids zum Tode der Königin-Mutter Alexandra sprach und der Tatsache gedachte, daß ein Mitglied der canadischen Regierung zum Präsidenten der sechsten Völkerbundsversammlung in Genf im letzten September gewählt wurde. Dann ging er auf die wirtschaftliche Lage ein, die ein zunehmendes Gedeihen dieses begünstigten Landes aufzuweisen habe. „Die Produkte unserer landwirtschaftlichen und unserer anderen grundlegenden Erwerbszweige," so führte der Gouverneur aus, „haben ein starkes Anwachsen zu verzeichnen. Unser Ausfuhrhandel zeigt eine bemerkenswerte Ausdehnung. Unsere Manufakturenindustrien und die verwandten Erwerbszweige in der Dominion haben eine Entwicklung erfahren, deren sie sich seit Jahren nicht mehr erfreut haben. Ein weiterer Beweis des industriellen Fortschritts ist in den stark gestiegenen Einkünften der Eisenbahnen zu erblicken. Diese erhöhte Prosperität und dieser Fortschritt sind durch die Politik der Regierung und die Herabsetzung der Ausgaben und der Besteuerung von Zeit zu Zeit herbeigeführt worden. Nach Ansicht meiner Minister rechtfertigen die gebesserten Verhältnisse weitere wesentliche Steuerermäßigungen. Auch weiterhin wird mit aller Kraft darauf hingearbeitet werden, die Ausgaben zu vermindern. Um dieses Ziel in der Verwaltung zu erreichen, werden gewisse von den Regierungsabteilungen mit anderen zusammengelegt und die Regierungsämter wirksamer eingeordnet werden.

„Unsere Einnahmen beziehen wir teilweise aus Steuern, die durch den Krieg notwendig geworden sind, und teilweise aus anderen Quellen. Damit die Bevölkerung der Dominion eine genaue Kenntnis der Einnahmequellen und der Ausgaben erhalte, werden periodisch vereinfachte Rechenschaftsberichte erstattet werden.

„Mit der Besserung der Verhältnisse im ganzen Lande hat die Regierung einen umfassenden Einwanderungsplan formuliert und zur Anwendung gebracht. Meine Minister möchten hiermit bekanntgeben, daß die Dominion Ansiedler willkommen heißt, welche in unsere Bevölkerung eingegliedert werden können. Die Bestimmungen sind vereinfacht, die Transportraten stark ermäßigt und der Fürsorge für die Ansiedler bis zu ihrem Bestimmungsort und während der ersten Siedlungszeit wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es werden Maßnahmen getroffen werden, um unsere jetzige landwirtschaftliche Bevölkerung auf dem Lande zu halten, um die Rückkehr von Stadtbewohnern, welche landwirtschaftliche Erfahrung besitzen, in ländliche Distrikte und die Repatriierung von in anderen Ländern lebenden Canadiern zu ermutigen. Besondere Vorkehrungen werden für die Ansiedlung auf Kronländereien getroffen werden.

„Zwischen der Regierung und den Eisenbahngesellschaften ist ein Abkommen getroffen worden, das eine stärkere Zusammenarbeit in der Einwanderungsarbeit auf den britischen Inseln und auf dem europäischen Kontinent vorsieht. Ein mit der britischen Regierung geschlossenes Abkommen hat bereits anregend auf die Einwanderung aus Großbritannien eingewirkt.

„Obwohl es von Wichtigkeit ist, neue Siedler anzuziehen, so ist es doch ebenso wichtig, wenn nicht sogar noch wichtiger, jenen, die bereits auf dem Lande sitzen, bei Verminderung der landwirtschaftlichen Produktionskosten mitzuhelfen. Zu diesem Zwecke wird ein Vorschlag eingebracht werden, der weite Möglichkeiten für landwirtschaftliche Kredite darbietet.

„Meine Regierung beabsichtigt, Bestimmungen für die Vollendung der Hudsons Bay-Bahn zu unterbreiten.

„Meine Minister sind der Meinung, daß eine allgemeine Erhöhung der Zolltarife sich als nachteilig für die weitere gedeihliche Entwicklung des Landes und als gefährlich für die nationale Einigkeit erweisen würde. Nach ihrer Ansicht sollte diese Art von Besteuerung möglichst leicht auf den Lebensnotwendigkeiten, auf der Landwirtschaft und auf anderen Urindustrien lasten. Sie glauben, daß im Interesse der industriellen Entwicklung man darauf hinarbeiten sollte, das Element der Unsicherheit hinsichtlich von Tarifänderungen auszuschalten, daß Tarifänderungen nur nach gründlichster Prüfung ihrer Auswirkung auf die Urproduktion und auf die verarbeitenden Industrien vorgenommen werden sollten und daß Forderungen nach Erhöhung oder Verminderung der Zollabgaben zum Gegenstand der sorgfältigsten Untersuchung durch jene Leute gemacht werden sollten, welche die notwendigen Eigenschaften zur Beratung des Ministeriums in dieser Hinsicht besitzen. Demgemäß wird eine beratende Behörde für Tariffragen ernannt werden. Von dieser Behörde wird erwartet, daß sie den Zolltarif, die daraus gewonnenen Einnahmen und die Wirkung des Tarifs und verwandter Faktoren auf Industrie und Landwirtschaft sorgfältig studiert.

„Wenn auch die Bedeutung des canadischen Inlandsmarktes anerkannt wird, so muß doch ebenso der große Wert von Märkten in anderen Ländern für unsere Natur- und Fabrikationsprodukte in Betracht gezogen werden. Insbesondere sollte unser Handel innerhalb des Reiches mit allen Mitteln, die mit unserem nationalen Wohl vereinbar sind, ermutigt werden. In dieser Beziehung wird ein Handelsabkommen, das mit Britisch-Westindien, Bermuda, Britisch-Guiana und Britisch-Honduras abgeschlossen wurde, zur Billigung unterbreitet werden.

„In Verfolg der Regierungspolitik, welche auf die Ermutigung des Transportes von Getreide und anderen canadischen Produkten über canadische Häfen zielt, ist die Behörde der Eisenbahnkommissäre beauftragt worden, in die allgemeine Untersuchung, die jetzt im Gange ist, eine Spezialuntersuchung einzuschließen, welche sich auf die Ursachen der Ablenkung von canadischem Getreide und anderen Produkten in nichtcanadische Häfen beziehen soll, und nach dem Eisenbahngesetz so vorzugehen, daß soweit als möglich die Verwendung canadischer Häfen für canadischen Verkehr veranlaßt wird.

„Ferner schlägt die Regierung die Ernennung einer königlichen Kommission vor, welche die Ansprüche der Seeprovinzen untersuchen und geeignete Maßnahmen zur Befriedigung derselben vorschlagen soll."

Zum Schlusse wird noch die Aufmerksamkeit der Abgeordneten auf eine Gesetzesvorlage gelenkt, welche die Uebertragung der Naturwerte an die Provinz Alberta vorsieht, und auf eine Gesetzesvorlage, welche eine Abänderung des Dominion-Wahlgesetzes zum Zwecke hat. Die „Thronrede" erachtet die angedeuteten Maßnahmen als vom aufrichtigen Bestreben eingegeben, die verschiedenartigen Verhältnisse und Interessen der Dominion in Betracht zu ziehen, um so die gegenseitige Verständigung und die engere Zusammenarbeit zwischen allen Teilen zu fördern. Alle die Maßnahmen zusammengenommen, stellen einen geordneten Plan für nationalen Fortschritt dar, der das gemeinsame Ziel eines aufblühenden und geeinten Canada ist.

* * *

Vor der „Thronrede" war bereits die formelle Angelegenheit der Erwählung eines „Speaker" erledigt worden. Die Wahl fiel nach Antrag von Hon. Ernest Lapointe, unterstützt von Hon. Robb, auf Hon. Rodolphe Lemieux, den Abgeordneten für Gaspe.

Die Stelle von Premier Mackenzie King, der in Anbetracht seiner persönlichen Niederlage gelegentlich der letzten Wahl noch keinen Sitz im Parlament hat, nahm Hon. Ernest Lapointe ein. Er stellte einen Vertrauensantrag, der von Arthur Meighen, dem Führer der Konservativen, heftig angegriffen wurde. Er bezeichnete den Vertrauensantrag sogar als außer Ordnung, da derselbe nicht vorher angekündigt worden sei. Meighen warf der Regierung ferner autokratische Gelüste vor. Lapointe erwiderte, die Regierung wolle nur die erste Gelegenheit ergreifen, um an ihren Richter, das Parlament, zu appellieren, das dann darüber entscheiden solle, ob die Regierung des Vertrauens würdig sei oder nicht. Robert Forke, der Führer der Progressiven, war der Meinung, man solle den Antrag lediglich als eine Ankündigung betrachten und die Sache bis Montag der Erwägung anheimgeben. Henri Bourassa, der unabhängige Abgeordnete für Labelle, stimmte dem zu.

Alsbald stellte nun auch Meighen einen formellen Mißtrauensantrag gegen die Regierung. Er verwies darauf, daß neun Minister im letzten Wahlkampf geschlagen worden und daß die Konservativen die stärkste Gruppe im Parlament seien. Er ging noch weiter und bezeichnete das Verbleiben der liberalen Minister als eine Verletzung der Grundsätze einer verfassungsmäßigen Regierung.

Meighen meinte ferner, das Parlament brauche sich nicht um eine Thronrede zu kümmern, welche durch Vermittlung des Generalgouverneurs von einer Regierung komme, die nicht einmal einen Premierminister im Hause habe.

Lapointe erwiderte, Premier King habe durchaus recht gehandelt; denn jeder andere Kurs wäre ein Vertrauensbruch und eine Verletzung der parlamentarischen Rechte gewesen. Das Volk sei im Hause vertreten, das nun darüber entscheiden solle, wer das Land weiterregieren solle. Ferner zog der Redner Präzedenzfälle aus der britischen parlamentarischen Geschichte wie auch aus Canadas Vergangenheit an, um zu beweisen, daß das Verhalten Kings in der gegenwärtigen Situation berechtigt war. Unter anderem machte Laflèche auch darauf aufmerksam, daß Meighen in Quebec und Saskatchewan so gut wie keine Gefolgschaft aufzuweisen habe.

Die Redeschlacht zwischen den beiden Führern, Meighen und Lapointe, nahm zeitweise heftige Formen an, noch verstärkt durch die lebhaften Unterbrechungen, die aus den Reihen der beiden großen Parteien kamen.

Klar ist bei Niederschrift dieses Artikels nur soviel, daß das Schicksal der künftigen Regierung Canadas im Augenblick von der Haltung der Progressiven abhängt. Natürlich schwirren die verschiedensten Gerüchte durch die Luft. Nach einer Meldung sollen sie 14 Punkte (nach Wilsons „berühmtem" Vorbild) aufgestellt haben, deren Forderungen sich auf folgende Fragen erstrecken: 1. Tarif, 2. Hudsons Bay-Bahn; 3. Peace River-Ausfuhrweg; 4. Gebirgs-Frachtraten, 5. gesetzliche Frachtraten für Getreide und Mehl; 6. Staatsbesitz der nationalen Eisenbahnen; 7. Einkommensteuer, 8. ländliche Kredite, 9. Uebertragung der Naturwerte an die Prärieprovinzen, 10. Handelsbeziehungen zu den Ver. Staaten, besonders bezüglich des Viehhandels, 11. nationale Kohlenpolitik, 12. Aufwertung der Siedlungsländereien der Soldaten, 13. genossenschaftliche Vermarktung, 14. Alternativabstimmung. Die 14 Punkte wurden Meighen und King zur Stellungnahme unterbreitet.

Die ursprünglich für Montag erwartete Entscheidung blieb aus, da das Haus sich erst die nötige Zeit lassen will, den Vertrauensantrag, beziehungsweise die Mißtrauens-Ergänzung von Meighen gründlich zu besprechen. Der unsichtbare Faktor in der Lage ist die progressive Gruppe. Wenn sechs ihrer Mitglieder für das Meighen-Amendment stimmen, würde die Regierung mit einer Stimme Mehrheit geschlagen sein. Das Haus setzt sich aus 245 Abgeordneten zusammen, von denen der „Speaker" und der noch nicht bestätigte Progressive J. W. King, North Huron, abzuziehen sind. Die Konservativen verfügen über 116, sodaß 117 Nichtkonservative verbleiben. Wenn diese 127 geschlossen gegen Meighens Mißtrauensantrag stimmen, ist die liberale Regierung zunächst gesichert.

Monarchistische Putschgerüchte aus Ungarn

Erzherzog Albrecht sollte angeblich auf den Thron erhoben werden

Große Truppenansammlungen gemeldet.

Budapest, Ungarn, 9. Jan. — Wie mitgeteilt wird, liegen Beweise vor, daß ein Staatsstreich geplant wurde, um Erzherzog Albrecht auf den ungarischen Thron zu erheben. Und wie versichert wird, besteht ein Komplott zur Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn. Untersuchungen, die von Seiten der Regierung eingeleitet wurden und noch werden, sollen ergeben haben, daß der Bewegung 100,000 Mann zur Verfügung standen und daß sich unter dieser Zahl 37,000 Mann reguläre Truppen, die von dem Regenten Admiral Horthy kommandiert werden, sowie 25,000 Mann von der Polizei, Gendarmerie und vom Zollamtspersonal und annähernd 40,000 Mann der faschistischen Organisation Ungarns befanden. Es heißt, daß Admiral Horthy bereit gewesen sei, zu Gunsten des Erzherzogs Albrecht die Regentschaft niederzulegen.

Wie früher mitgeteilt wurde, sammelt der ungarische Faschistenführer Julius Gombos eine kurze Strecke von Budapest eine Anzahl seiner Anhänger mit der Absicht, gegen Budapest zu marschieren und daß seitens der Regierung zum Schutze der Stadt außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen worden seien, um gegen Angriffe von innerhalb der Stadt, sowie auch außerhalb derselben gerüstet zu sein.

Es scheint jetzt, daß wenigstens Fürst Windischgrätz, einer der Verschworer bei der Fälschung von 30 Milliarden Francs (siehe Seite 2 unter „Ungarn"!), nicht ausschließlich aus politischen Beweggründen gehandelt hat. Es war erklärt worden, daß die Erträgnisse aus den falschen Geldscheinen zur Förderung des Ehrgeizes von Erzherzog Albrecht auf den Thron benutzt werden sollten. Die offiziöse ungarische Telegraphenagentur macht darauf aufmerksam, daß die Verhafteten zu verschiedenen politischen Parteien gehören. Dies widerspricht der Beschuldigung, daß die Leute politische Ziele im Auge hatten. Erzherzog Albrecht sagt in einer Erklärung, daß er mit Windischgrätz seit mehreren Jahren in keinerlei Beziehungen stehe.

Fürst Ludwig Windischgrätz ist nicht blos in Ungarn in Schwierigkeiten. Am 20. Januar ist in einem Berliner Gericht Termin für einen Wiederaufnahmeprozeß, welchen Graf Michael Karolyi gegen ihn angestrengt hat.

Aus der Legislatur von Saskatchewan

Wieder Hudsons Bay-Bahn gefordert

Beantwortung verschiedener Anfragen

Regina. — Während das Hauptinteresse der politisch interessierten Kreise sich der Entwicklung der Lage in Ottawa zuwandte, plätscherte das Redebächlein der Legislatur von Saskatchewan in ruhigem Laufe dahin — im Gegensatz zu den Eröffnungssitzungen vor Weihnachten.

Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde Herr Anton Huck, das liberale Mitglied für Süd-Qu'Appelle, zu seinem erfolgreich überstandenen Prozeß beglückwünscht.

Der Attorney General, Hon. J. A. Croß, brachte eine Resolution ein, in der die Saskatchewan-Regierung beauftragt wird, von der Dominionregierung die Einbringung einer sogenannten „blauen Himmel-Gesetzgebung" zu verlangen, um so für regulatorische Vollmacht für den Verkauf von Aktien der Gesellschaften in der Dominion zu sorgen. Nach seiner Ansicht ist das Uebel des Verkaufs von wertlosen Papieren so groß, daß die Legislatur von Saskatchewan dazu berechtigt gewesen sei, ein Gesetz betreffend den Aktienverkauf einzuführen. Croß führte auch einige Fälle an, in denen man gut daran getan habe, den Verkauf von Aktien gewisser Gesellschaften zu untersagen. Die Resolution wurde von Mitgliedern der Regierungs- wie der Oppositionsseite des Hauses unterstützt und schließlich angenommen.

Nach einer Mitteilung von Hon. J. A. Croß werden alle alkoholischen Getränke durch den Saskatchewan Liquor Board direkt von den Schnapsfabrikanten gekauft, ohne daß eine Commission bezahlt wird. Nur in einigen Fällen läßt sich das nicht umgehen, weil gewisse canadische Firmen die alleinigen Vertreter gewisser überseeischer Fabrikanten sind.

Die Frage der Hudsons Bay-Bahn darf natürlich auch in dieser Session nicht fehlen. Als ihre eifrigsten Verfechter erwiesen sich Dr. G. W. Sahlmark (Regierung, Saltcoats) und O. D. Hill (Regierung, Melfort), die eine Resolution einbrachten, welche die sofortige Vollendung der Bahnlinie fordert. Auch Premier Dunning ergriff dazu das Wort. Er schilderte die Ersparnis an Frachtraten im Vergleich zu der Strecke nach Montreal und Halifax. Der Progressive Dr. Tran brachte noch einen Ergänzungsantrag ein, in dem er dafür eintrat, man möge den Eisenbahnendpunkt so weit ausbauen, daß sich untersuchen lasse, inwieweit die Route überhaupt brauchbar sei. Schließlich wurde der Antrag von Dr. Sahlmark doch einstimmig angenommen.

Ein Sturm von Fragen ging über Premier Dunning nieder, als die Frage aufkam, was mit dem von der Provinz an die Saskatchewan Cooperative Elevator Company gelieherten Gelde sei, wenn die Elevatoren der Gesellschaft an den Weizenpool übergeben würden. Premier Dunning konnte die beruhigende Versicherung geben, daß die Regierung gut gedeckt sei, was auch immer eintreten würde.

Krupp hat abgerüstet

Essen, 8. Jan. — Die Firma Krupp hat sämtliche Entwaffnungsforderungen erfüllt. Die letzten der 36 Maschinen zur Fabrikation von weittragenden Geschützen, wie sie seinerzeit zum Bombardement von Paris verwendet wurden, sind vernichtet worden. Der britische Kommissar zur Ueberwachung von Vernichtungen ist am 17. Dezember nach England zurückgekehrt. Der französische Kommissar hat am 1. Januar Essen verlassen. Bei einem Abschiedsessen, das die Firma Krupp dem britischen Kommissar gab, sprach letzterer seine Anerkennung für die Unterstützung der Firma bei seiner schwierigen und delikaten Aufgabe aus. Die Firma Krupp darf in Zukunft jährlich nur vier 17-Zentimeter-Geschütze herstellen. Sie darf aber keine Gewehre und kleinen Geschütze herstellen und kein Kriegsmaterial exportieren.

Vesuv in Tätigkeit

Neapel, 9. Jan. — Der Vesuv hatte einen heftigen Ausbruch. Ein großer Aussurchkegel formierte sich auf der westlichen Seite des Berges, während sich nahe der Basis an der nördlichen Seite ein neuer Krater öffnete. Große Lavamassen fließen aus Kegel und Krater aus, während im ersteren heftige Explosionen stattfinden. Schließlich nahm die Oberfläche des Vulkans, die bisher mit Schwefeldern und Eis bedeckt war, eine rosa Färbung an infolge des Widerscheins großer rötlich scheinender Wolken, die von den Flammen erleuchtet wurden, welche aus der neuen Oeffnung hervorbrachen.

Das Projekt des St. Lorenzkanals

Große amerikanische Konferenz in St. Paul

Von Canada keine Schwierigkeiten erwartet.

St. Paul, Minn., 9. Jan. — Von den Delegaten des hier tagenden „Great Lakes—St. Lawrence Tidewater Congreß" wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die baldige Vollendung des Kanalprojektes von den großen Süßwasserseen nach dem St. Lorenzstrom als dringend notwendig bezeichnet wurde.

Die Resolution wurde Präsident Coolidge und dem Kongreß mit dem Ersuchen zugeschickt, sich dieses Projektes anzunehmen, das ermöglichen würde, daß Ozeandampfer die Häfen der Binnenseen anlaufen.

Bei der Konferenz sind 18 Staaten der Union vertreten und 10 andere haben schriftlich erklärt, Beschlüsse der Konferenz unterstützen zu wollen, so daß die Resolution von 28 Staaten befürwortet wird.

Craig sagte binnen kurzem einen Vertrag zwischen den Ver. Staaten und Canada voraus, der den Bau eines Schiffahrtskanals endgültig in die Wege leiten würde. Die Regierung ist seiner Ansicht nach in der richtigen Weise bemüht, den Plan durchzuführen. Er erwartet mit Zuversicht, daß die mit der Untersuchung des St. Lorenzstromes und seiner Vertiefungsmöglichkeiten betraute Bundeskommission einen zustimmenden Bericht einreichen werde. Es dürfte dieser bis Mai fertiggestellt sein. In Canada rechnet er ebenfalls von seiten der Regierung auf keine Schwierigkeiten.

Gardner wies darauf hin, daß der vorgeschlagene Schiffahrtskanal im wahrsten Sinne des Wortes international wäre, halb den Ver. Staaten, halb Canada gehöre. Welcher Wert der von den New Yorkern aufgestellten Behauptung zukomme, daß ein derartiger Kanal den canadischen Hafen Montreal auf Kosten New Yorks fördern müsse, ergebe sich am besten daraus, daß Montreal gerade das Entgegengesetzte behaupte. Beide Klagen seien nicht ernst zu nehmen.

Die schmutzige Geschichte des Exkronprinzen von Rumänien

Mailand, 9. Januar. — Der frühere rumänische Kronprinz Carol hält sich noch immer in seinem Hotel auf, wo sich auch seine Geliebte, Magda Lupesco, einquartiert hat. In dem ihm von Bukarest zugeschickten Paß führt Prinz Carol den Namen Scarlat Mondstireanu. Der Name ist von einem seiner Güter in Rumänien entlehnt.

Magda Lupesco ist 28 Jahre alt, von mittlerer Größe, außerordentlich blaß, und weiß sich zu kleiden. Es verlautet, sie wolle sich von dem rumänischen Offizier, mit dem sie verheiratet ist, scheiden lassen.

Die Eltern des Prinzen Carol werden für alle seine Schulden aufkommen, die er vor seiner Verzichtleistung auf die Thronfolge gemacht hat. Für sein weiteres Fortkommen muß er selber Sorge tragen.

Briten kaufen deutsche Gesellschaft

Berlin, 9. Jan. — Die gesamten Anteilscheine der Koholyt Aktien-Gesellschaft von Berlin, welche große Schwefelsäurewerke und Holzbreimühlen in Königsberg, sowie eine Papierfabrik und ein chemisches Werk am Rhein besitzt, sind von einer britischen Finanzgruppe, an deren Spitze William Harrison steht, angekauft worden.

Jüdische Kolonisation in Rußland

Moskau, 9. Jan. — Die Sowjetregierung hat weitere 400,000 Acker Land im Don-Distrikt für jüdische Kolonisationszwecke angewiesen. Die Kosten der Uebersiedlung der Ansiedler sollen durch das jüdische Kolonisationskomitee getragen werden, welches das Projekt befürwortet.

Aufstand von englischen Arbeitslosen

Manchester, Engl., 11. Jan.— Dreitausend Arbeitslose, unter diesen viele, die schon bei Tagesanbruch, andere, die meilenweit auf ein Angebot von sechs Stellen als Handlanger in einer Fabrik kamen, waren bitter enttäuscht, als sie erfuhren, daß die Stellen bereits am Abend zuvor besetzt waren.

Wütend unternahmen sie einen Ansturm auf die Fabrikanlagen. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, die Unruhen zu unterdrücken. Um die Menge etwas zu besänftigen, stellte der Fabrikleiter noch drei Leute an.

Erster Schritt zu deutsch-französischem Wirtschaftsvertrag

Unterzeichnung eines Protokolls

Weitere Verhandlungen in den nächsten Tagen.

Berlin, 10. Jan. — Die deutsche und die französische Abordnung für die Handelsvertragsverhandlungen haben ein langes Protokoll unterzeichnet, auf dessen Grund man hofft, die grundsätzlichen Verschiedenheiten der beiderseitigen Auffassungen durch ein Kompromiß so ziemlich aus dem Weg geschafft zu haben. Die deutsche Vertretung reiste nach Berlin zurück und wird am 12. Januar wieder in Paris eintreffen, um dann als letzten Abschnitt der Verhandlungen den beschlossenen Rahmen durch Einzelbestimmungen auszufüllen.

Wohl unter dem Druck des Ausfuhrbedürfnisses besonders der französischen Landwirtschaft und des südfranzösischen Obst-, Blumen- und Gemüsebaus hat man sich auf französischer Seite in verschiedenen Punkten zu einem Entgegenkommen bereitgefunden. Die Franzosen dürfen ihre Zölle entsprechend hinaufsetzen, falls der Frankenkurs sich bedeutend verschlechtern sollte. In dem Protokoll sind dafür 20 v. H. angegeben. Bei weiteren Erhöhungen darüber hinaus hat Deutschland das einseitige Recht, seine Zugeständnisse in einem Umfange zurückzunehmen, daß das Gleichgewicht wiederhergestellt wird.

Ferner hat Frankreich zugestanden, daß an einem bestimmten Datum, d. h. binnen 14 Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags, das System der unterschiedlichen Behandlung Deutschlands aufhören und die Deutschen dann von selbst mit den meistbegünstigten Wettbewerbern auf dem französischen Markt gleichgestellt werden, auch wenn bis dahin in der französischen Kammer die Neuregelung des Zolltarifsystems nicht durchgebracht sein sollte. Es würden dann ohne weiteres die jetzt geltenden Mindesttarife auch für Deutschland in Anwendung kommen und Deutschland, wenn nicht formell, so doch praktisch mit England, Amerika, Spanien und Italien gleichgestellt werden. Als Gegenleistung für diese französische Verpflichtung, die bisher noch nicht gegeben war, hat Deutschland die Meistbegünstigung Frankreichs gleichfalls nach 14 Monaten in Aussicht gestellt.

Während der Uebergangszeit soll das Maß des französischen Verzichts auf eine unterschiedliche Behandlung durch ein entsprechendes deutsches Entgegenkommen beantwortet werden.

Ferner hat Deutschland auf eine Bindung seiner Zollsätze sich eingelassen, und zwar sollen die Tarife über den am 20. September gemachten Vorschlag hinaus herabgesetzt werden. Im einzelnen werden das die am 12. Januar beginnenden Verhandlungen regeln.

Von beiden Seiten ist der Wunsch ausgedrückt worden, daß die Privatwirtschaft der beiden Länder dem Gelingen der deutsch-französischen Wirtschaftsvereinbarungen vorarbeiten möge. Der Handelsminister Dan. Vincent und der Direktor im Handelsministerium, Serruy, legten besonderen Wert auf drei Industriezweige, nämlich die Eisenindustrie, die elektrotechnische und die chemische Industrie.